

7./X. 1917

222

Beschlüsse zur Bekämpfung der Wiener Wohnungsnot.

Das Wohnungsproblem beschäftigt die maßgebenden Kreise im Rathause sehr lebhaft. Wie uns aus Gemeinderatskreisen mitgeteilt wird, steht die Unterbreitung einer Vorlage an die Obmannerkonferenz, an den Stadtrat und Gemeinderat, betreffend Maßregeln zur Bekämpfung der Wohnungsnot, bevor. Gestern hat beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Beratung des Wohnungsausschusses stattgefunden unter Hinzuziehung hervorragender Fachmänner außerhalb der Gemeinde. Dem Vernehmen nach wurde der in Betracht kommende Komplex der einschlägigen Fragen in zwei Gruppen geteilt: Wohnungsnot während des Krieges, Wohnungsnot nach dem Kriege.

Nach längerer Wechselrede kamen folgende Beschlüsse zustande:

Es seien an die Regierung Petitionen zu richten, dahin gehend, daß Verbote erlassen werden, betreffend die Umwandlung von Häusern und Wohnräumen zu Bureauzwecken.

Es sei in Zukunft nicht gestattet, aus zwei oder mehreren kleinen Wohnungen eine größere Wohnung zu bilden.

Es sei Vorforge zu treffen auf Erhaltung der kleinen Wohnungen.

Die Militärverwaltung werde ersucht, Verrechnungsämter nicht in Wiener Häusern, sondern außerhalb von Wien unterzubringen.

Die Mieterverordnung soll nach der Richtung eine Abänderung erfahren, daß ein Kündigungsrecht solchen Mietern gegenüber eintreten darf, die vor dem 1. Juli 1914 ihren ständigen Wohnsitz nicht in Wien hatten.

Ueber das Wohnungsproblem hat auch der städtische Baurat Bartak im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein einen in Gemeinderatskreisen viel bemerkten Vortrag gehalten, der zum Gegenstande eines an den Bürgermeister zu erstattenden amtlichen Berichtes gemacht werden wird.